INFORMATIONEN DER BASISGRUPPEN

DEMOKRATIE JETZT

2. JG. MITTWOCH, 29. AUGUST 1990 NR. 35

An die Bürgerbewegungen in der DDR

VON CHRISTOF ZIEMER

Liebe Freundinnen und Freunde!

Ich sehe mit Sorge, daß die Bürgerbewegungen ihre Kraft und Kreativität verlieren. Die vier Wahlen dieses Jahres binden und absorbieren die Kräfte und verkehren die Grundrichtung. An die Stelle einer breiten, bürgernahen Basisbewegung tritt die Sorge um das politische Überleben. An die Stelle der Sachorientierung auf nötige Veränderungen tritt das Ringen um politische Mandate.An die Stelle der notwendigen gemeinsamen Suchbewegung tritt die Aufsplitterung in Einzelinitiativen und die Durchsetzung partieller Interessen. Das Erscheinungsbild der Bürgerbewegungen wird nicht durch die Sachanliegen und die Aktivitäten an der Basis, sondern durch das Verhalten im Parlament bestimmt. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Bürgerbewegungen im tagespolitischen Macht- und Interessenstreit ihre Kraft vergeuden. Eine Neubesinnung auf den Platz und die Funktion der Bürgerbewegungen ist dringend nötig.

Die Bürgerbewegungen sind aus der Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung der achtziger Jahre erwachsen. Die Ziele und Forderungen der achtziger sind nicht eingelöst. Sie stellen sich unter den veränderten gesellschaftliche, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen mit neuer Aktualität und Dringlichkeit. Es geht in den neunziger Jahren noch um mehr und anderes als nur um die deutsche Einheit. Es geht um mehr als nur um die Verbesserung unseres Lebensstandards. Es geht um eine neue Art zu leben, um einen Wechsel des Grundmusters, um den Herausforderungen der Zukunft zu entsprechen. Nur wenn die Bürgerbewegungen sich auf diese Ziele besinnen, gewinnen sie ihre Initiative zurück und damit ihre Perspektive und Notwendigkeit.

Das A und O der Bürgerbewegungen ist ihre breite außerparlamentarische Präsenz und Entfaltung. Gerade die sehr wünschenswerte parlamentarische Aktivität hat nur eine reale Chance, wenn sie von einer intensiven Basisarbeit getragen wird. Das gilt umso mehr, als die Bürgerbewegungen in absehbarer Zeit keine parlamentarischen Mehrheiten erlangen werden. Das Hauptziel muß deshalb darin liegen, eine breite Zustimmung zu wichtigen Veränderungen - unabhängig und quer zu den politischen Parteien - bei den Bürgern zu erreichen. Dabei kann sie durchaus darauf setzen, daß die Bürger und Bürgerinnen zwar einerseits bestimmte Parteien mehrheitlich bevorzugen, aber dennoch für notwendige Veränderungen und Forderungen, z.B. im ökologischen und sozialen Bereich, zu gewinnen sind. Es ist deshalb wichtig, die Sachanliegen einsichtig und bürgernah zu formulieren und einzubringen. - In der Verfassungsdiskussion wird gegenwärtig darum gerungen, daß Elemente der Volksgesetzgebung in den Verfassungen verankert werden. Wenn dies gelingt - und das ist eines der jetzt anzustrebenden Ziele -, dann ist das Vorhandensein von potenten Bürgerbewegungen geradezu eine Voraussetzung dafür, daß diese Möglichkeiten auch wirklich wahrgenommen werden können.

Damit die Bürgerbewegungen ihr notwendiges Gewicht zurückgewinnen, muß die längerfristige Perspektive in konkreten, jetzt anstehenden Forderungen und Zielstellungen auf den Punkt gebracht werden. Gerade der deutsche Einigungsprozeß bedarf dringend des Korrektivs der Bürgerbewegungen, die unabhängig von den politischen Konstellationen die nötigen Veränderungen einklagen. Jede Bürgerinitiative und -bewegung hat ihre je eigenen Ziele. Jetzt kommt es darauf an, daß die konkreten Zielstellungen gefunden werden, die sie gemeinsam vertreten können und wollen.

Ich schlage darum vor, einen Katalog von ca. 10 Projekten zu formulieren, auf die sich alle Bürgerbewegungen einigen können.

Jedes Projekt enthält eine ganz konkrete, durchsetzbare Forderung, die im Prozeß der deutschen Einigung eingeklagt werden muß, ist zugleich ein Signal für eine längerfristig nötige Änderung, für einen anstehenden Bewußtseinswandel, sollte als Folgeeffekt andere, weitergehende Forderungen und Aufgaben nach sich ziehen, sollte so gefaßt und eingebracht werden, daß eine breite Konsensbildung und Zustimmung möglich wird.

Um den Vorschlag zu verdeutlichen, nenne ich beispielhaft solche "Projekte":

1. Deutschland nicht schneller als die Welt! Nahziel: Durchsetzung des Tempo 80/100 für ganz Deutschland
Längerfristiges Ziel: Förderung des Umweltbewußtseins am Beispiel des Autos
Nachfolgeprojekte: Förderung des Nahverkehrs, Eisenbahnprojekte statt Autobahnen u.a.

2. Nicht auf dem Rücken der Rentner und Rentnerinnen! Nahziel: Erhöhung des Mindesteinkommens der Rentner und Rentnerinnen noch in diesem Jahr; Längerfristig: Sensibilisierung für die Lage der älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen, Würde und Lebensentfaltung des älteren Menschen; Nachfolgeprojekte: Mitbestimmung der Rentner und Rentnerinnen über Fragen, die sie betreffen (Altenräte o.ä.)

3. Marktwirtschaft ja, Vergeudung nein! Nahziel: Abbau der Vergeudung durch Besteuerung von Waren, die nicht auf Recycling-Basis gewonnen werden, obwohl dies möglich und technisch durchführbar (wenn auch mitunter teurer) ist (z.B. bei Papier) und durch Besteuerung aufwendiger, unnötiger, ressourcenvergeudender Verpackungen; Längerfristig: Förderung eines umweltgerechten Käufer- und Konsumentenbewußtseins; Nachfolgeprojekte: Erschließung neuer Recycling-Verfahren zur Ressourcen-Einsparung

4. Wir sind das Volk! Keine Verfassung ohne uns! Nahziel: Verankerung von Elementen der unmittelbaren Demokratie in den Verfassungen (Bund und Länder). Keine Verfassung ohne Volksabstimmung. Längerfristig: Basisarbeit in den Bürgerbewegungen, um die Möglichkeiten der unmittelbaren Demokratie als ergänzendes Element in der parlamentarischen Demokratie zu verankern; Nachfolgeprojekte: ...

Bündnisquärälen in Brandenburg. Zweiter Zwischenbericht

VON GRIT POPPE

15.8.

Gegen 19.00 Uhr füllt sich das kleine DJ-Büro: Vertreter und Vertreterinnen des Neuen Forums, der Grünen Partei, dem Unabhängigen Frauenverband, DEMOKRATIE JETZT[1] und zwei ergraute Panther treffen ein.
Zwar scheint die Abendsonne noch trügerisch freundlich, doch die Stimmung ist gespannt: Zuviele Blicke sind gesenkt; auf das Angebot der Gastgeber - Tee oder Kaffee - kommt keine Reaktion.
Als das Wasser für den Tee kocht, ist das Bündnis geplatzt. Die Grünen, die Frauen und die Rentner verlassen den Raum. Zurück bleiben einige unbenutzte Tassen und eine Fünf-Sätze-Erklärung, die bei den Gebliebenen vor allem Unverständnis auslöst:

Erklärung

Potsdam, den 15.8.1990
Die an den bisherigen Bündnisverhandlungen beteiligten Gruppierungen "Die Grünen", "Unabhängiger Frauenverband" und Seniorenschutzbund e.V. "Graue Panther" erklären hiermit die Bündnisverhandlungen für beendet.
Ausgehend von den Verhandlungsergebnissen am Montag, den 13.8.1990 sehen wir keine Möglichkeit einer gemeinsamen Listenvereinigung, die von allen beteiligten Gruppierungen inhaltlich und organisatorisch getragen werden kann.
Aus unserer Sicht zeichnete sich in den Verhandlungen deutlich ab, daß zur Zeit bestehende programmatische Meinungsverschiedenheiten vorherrschen. Die Verfahrensweise bei den Verhandlungen zur Besetzung der Listenplätze findet in unseren Reihen kein Verständnis und entspricht nicht unserer basisdemokratischen Orientierung.
Dessen ungeachtet hoffen wir auf ein faires Nebeneinander im Wahlkampf als Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit auf allen Ebenen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Wirkens im Land Brandenburg.
Grüne Partei; Unabhängiger Frauenverband; Seniorenschutzbund e.V. "Graue Panther"
Zwei Tage zuvor, am 13.8., ist die Stimmung der verhandlungsmüden Partner bei "Null" gelandet: das Neue Forum dringt eine halbe Stunde vor Verhandlungsbeginn zu DJ und verkündet das Fazit der letzten Sprecherratszusammenkunft in Frankfurt/ Oder:

Was ist passiert?

Das bisherige Verhandlungsergebnis wird vom NF nicht anerkannt. Der neue Vorschlag: Die Plätze 1 bis 44 werden mit den 44 Direktkandidaten besetzt, die in den Kreisen von den jeweiligen Bündnispartnern gemeinsam gesucht und gefunden werden sollen. "Dann sind die Grünen draußen." Ich spreche aus, was die Verhandlungsführer des Forums selbst wissen müßten und wahrscheinlich auch wissen. Alle bisherigen Verhandlungsergebnisse werden durch diese neue Regelung (die meines Erachtens nur einer der Gruppierungen zugute kommt: dem Neuen Forum) über den Haufen geworfen: die mühsam errangelte Folge der Listenplätze, die Quotierung, die Verteilung der vier ersten Plätze auf die vier Hauptbeteiligten..., und das Kartenhaus Bündnis 90/ Grüne/ UFV fällt in sich zusammen. (Auch der Verhandlungsstil eines der zahlreichen NF-Vertreter läßt zu wünschen übrig: Als um 18.00 Uhr die Grünen und Frauen erscheinen, werden sie mit einem recht barsch klingenden "Die Bürgerbewegungen verhandeln noch", abgewiesen, was - zu Recht - lautstarken Protest bei den Betroffenen auslöst.)
Das achtstündige Gespräch, das folgt, ist mühsam und die Stimmung gereizt. Um Mitternacht noch kein Ergebnis.

Wer mißtraut wem?

Klar scheint indessen nur, wer wem warum mißtraut: die Frauen fürchten um die Quotierung, das Neue Forum hat Angst vor der Katze im Sack der Grünen (die wählen ihre Kandidaten erst am 25.8., und keiner will sagen, wer vielleicht grüner Spitzenkandidat wird); die Grünen mißtrauen dem Neuen Forum ohnehin. Mir ist der Schlamassel zu dick; ich gehe. (Der letzte Bus ist ausnahmsweise ein willkommener Grund.)
Ein Kompromiß ist dennoch gefunden worden: Nachts um zwei, durch den Vorschlag des übriggebliebenen DJ-Vertreters: Die ersten dreizehn Plätze werden nach dem 2:2:1:1-Schlüssel verteilt, alle übrigen Plätze ausschließlich von Direktkandidaten besetzt. Eine Variante, mit der sich alle Beteiligten abfinden, nur: man müsse erst noch "die Basis befragen..."
So ist der kühle Abschied der Grünen, Frauen und Rentner am 15.8. doch noch eine böse Überraschung. Zu weiteren Erklärungen, außer der verlesenen, zeigen sich die (ehemaligen?) Bündnispartner und Partnerinnen schon nicht mehr bereit. Was nun? Die Bürgerbewegten verbünden sich an diesem Abend zunächst einmal mit dem Rest der Programmgruppe, die im Nebenzimmer tagt. Programmatische Meinungsverschiedenheiten?

Ein dummes Mißverständnis?

Wir fragen nach. Einziger Knackpunkt der bisherigen inhaltlichen Diskussion: Die Grünen wollten eine Atomkraft-Nein-Danke-Aussage und Bündnis 90 favorisierte die "positive" Für-Alternative-Energie-Formulierung. That's all. Tragisch lächerlich. Ein dummes Mißverständnis? Oder ein Vorwand für die Grünen, die unbequemen Verhandlungen abbrechen zu können? Wie dem auch sei; es wird lebendig im Raum, als ein Grüner zu uns stößt, der auf "unserer Seite" ist, d.h., der das Bündnis nach wie vor will. Nachgedacht wird gemeinsam, ob die grüne Basis in der verbleibenden Zeit (der Termin für die Anmeldung der Listenverbindung ist der 20.8.) noch zu "mobilisieren" und der Beschluß des Partei-Vorstandes zu kippen ist. Eine Presseerklärung wird formuliert, in der es heißt: "Die Bürgerbewegungen Neues Forum und Demokratie Jetzt erklären, daß sie weiterhin an einem breiten Bündnis interessiert sind und wissen sich darin mit vielen Basisgruppen der Grünen Partei und des UFV im Land Brandenburg einig.

noch einmal überdenken

Die Bürgerbewegungen rufen dazu auf, die Entscheidung der Verhandlungsführer noch einmal zu überdenken und ein breites Bündnis zur Landtagswahl zu ermöglichen."
Die Liste soll angemeldet werden als Bündnis 90/Grüne. Für all jene Grüne, die nicht bereit sind, das breite Bündnis wegen einer leider miserablen Verhandlungsführung platzen zu lassen, ist diese Liste offen. Auch wollen wir mit der Übernahme des Fraktions-Namens den Wählern deutlich machen, für welche Politik das Bündnis eintritt. (16.8.90)

---

1 Gern würden wir Zwischenberichte aus anderen DJ-Landesverbänden veröffentlichen. Es liegen nur keine vor. Ein hoffnungsloser Fall? - Die Potsdamer Haltung, Bündnis 90/Grüne zu beanspruchen, ist nicht DJ-Konsens. (hme)

Die Redaktion erreichte eine Leserzuschrift:

Wofür sich Demokratie Jetzt in Seelow einsetzt

VON DIETER ZÖRNER

Die Menschen haben es satt, weiterhin für eine Regierung, der die Probleme über den Kopf wachsen, Verständnis entgegenzubringen.

- Die Bauern sind in Not
- Die Waren des täglichen Lebens zu teuer
- Die Wirtschaft ist bankrott
- Die Arbeitslosenzahl ist ständig am Steigen

Wir fragen: "Ist das die langersehnte und erkämpfte Wende ?" Nein!
Es sind immer noch die Auwirkungen einer 40-jährigen staatsmonopolistischen Planwirtschaft unter der SED-Diktatur. Was wollten wir nach dem Herbst 1989 und nach der Öffnung der Grenzen (Mauer)? Nach der politischen Wende die wirtschaftliche Wende. Also eine soziale und umweltfreundliche Marktwirtschaft in einem geeinten Deutschland. Der Weg dazu: Währungsunion - Angleichung der Löhne an das bundesdeutsche Lebensniveau! Umstrukturierung der Betriebe in rentable Unternehmen! Steigerung der Arbeitsproduktivität! Verbesserung des Handels und der Dienstleistungen! Milderung sozialer Härten! (Es hieß immer, keinem soll es nach der Einführung der "DM" schlechter gehen als vorher). So war es zu hören und zu lesen bei fast allen politischen Gruppierungen und Vereinigungen. Unterschiede lagen vor allem im einzuschlagenden Tempo und in der Absicherung der einzelnen Schritte. Demokratie Jetzt wollte den Wandel in Ruhe und Besonnenheit. Andere Parteien und Politiker (auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung) setzten mehr und mehr auf Tempo. Dadurch konnten die alten leistungsschwachen Strukturen nicht ordentlich erneuert werden.

Die Auswirkungen

- Fachinkompetente Leiter wurden nur zum geringen Teil ausgewechselt.
- Nur wenige Leiter stellten sich der Vertrauensfrage durch die Belegschaften für den schwierigen Neubeginn und zogen ihre Konsequenzen
- Sie schlossen ohne moralisches Recht Verträge mit bundesdeutschen Unternehmern ab, zu ihrem eigenen Vorteil.
- Betriebsleiter setzten die Beschäftigten auf die Straße - nur sich selbst nicht - indem dann schnell eine GmbH gegründet wurde.
- Daraus resultiert die negative Entwicklung der DDR-Wirtschaft und der Landwirtschaft.
- Viele neue Existenzgründungen geben wieder auf, weil noch kein Markt für die Marktwirtschaft vorhanden ist. Das erklärt, warum die Menschen so ungehalten und verärgert sind.

Beispiele

- In den Schlachthöfen Frankfurt/Oder und Eberswalde bestimmen die Firmen Moskel, München und Krumke, Westberlin die Fleischpreise. Sie halten 1,- DM pro kg als günstiges Angebot. Hatte doch in der Honecker-Aera unser Supermakler Schalk-Golodkowski unser gutes Fleisch an eben diese für 0,80 - 0,90 DM verkauft. Natürlich hatte unsere SED an diesen Firmen Anteile ("Der Spiegel", 2.April-Ausgabe berichtete darüber).
- Verantwortungslose Leiter schlossen mit bundesdeutschen Unternehmen sogenannte Knebelverträge ab, die den Wareneinsatz von DDR-Erzeugnissen in diesen Handelseinrichtungen prozentual begrenzten.
- Kritische Mitarbeiter, Beschäftigte, welche sich für Veränderungen und für Mitbestimmung in Gewerkschaften und Betriebsräten engagieren, werden von Leitern in alter selbstherrlicher Machtausübung öffentlich an den Pranger gestellt und bevorzugt gekündigt, ohne Rücksprache mit den Betroffenen oder den Belegschaften.
- Es wird die Arbeit von Betriebsräten oder Gewerkschaften beschnitten oder unterbunden. (z.B. im Kreiskrankenhaus Seelow eine neue Gewerkschaftsleitung gewählt, aber sie arbeitet nicht aus Angst vor Kündigungen; Betriebsrat gewählt, auch er arbeitet nicht, keine Unterstützung durch die Betriebsleitung)
- Ein auf dem Seelower Bauernmarkt von einem Fischhändler gemieteter Verkaufskiosk wurde vom Leiter der Seelower HO gekündigt. Begründung: Eigenbedarf. Der Kiosk ist seit diesem Zeitpunkt geschlossen und als Begründung wurde angegeben: Kein Personal!
- Dieser angebliche Personalmangel wurde auch als Grund der verkürzten Öffnungszeiten im HO-Gaststättenwesen angeführt!
- Bei den anhaltenden Zahlen der Arbeitslosen in Stadt und Kreis Seelow 2,8 % für uns unbegreiflich!
- Unser spezifisches Gemüseanbaugebiet wird vom Handel mit holländischem Gemüse überschwemmt. Das eigene Gemüse umgepflügt und vernichtet. - So geschehen mit 100t Bohnen und Tomaten

Das ist keine Politik, die wir als Basisgruppe Seelow gutheißen oder anerkennen. Wir distanzieren uns hiermit von solchen Machenschaften.

Wofür wir uns einsetzen

Wofür wir uns als Basisgruppe von DJ Seelow vordringlich einsetzen:

- Wir nehmen uns der Belange der Bürgerinnen und Bürger an und arbeiten in Interessenverbänden mit.
- Wir verlangen von den Handelseinrichtungen, daß auch DDR-Waren im Angebot sind und unterstützen damit unsere Produktion.
- Wir fordern die Menschen auf, seid kaufbewußt nach Preis und Qualität der Waren und nicht nach bunter Verpackung!
- Wir helfen mit beim Entwickeln von Ideen, um unsere Produkte besser anzubieten, schneller und preiswerter zu vermarkten.

Demokratie Jetzt will wieder die Initiative der Bürgerinnen und Bürger sein. Nicht umsonst stehen auch kirchliche Kreise unserem Anliegen nahe. Wir wählen demnächst die Regierung für das zu bildende und zukünftige Land Brandenburg, ein vorwiegend durch die Landwirtschaft geprägtes Land. Brandenburg braucht eine Bürgerbewegung, die sich für Demokratie und eine sozialverträgliche Marktwirtschaft einsetzt.

Wie ungern widerspreche ich Ihnen

Von Wolfgang Ullmann

(Wir dokumentieren einen Redebeitrag, den Wolfgang Ullmann vor der Volkskammer am 8. August hielt)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum Glück habe ich nicht gegen Die Liberalen zu polemisieren, weder wegen der 5-Prozent-Klausel noch wegen der deutschen Geschichte, obwohl ich zu beiden etwas sagen möchte.
Es ist genug gespaßt worden, zum Teil von der DSU und zum Teil gegen die DSU, und ich denke, es ist Zeit, daß wir zum Ernst der Sache zurückkommen. (Beifall eines SPD-Abgeordneten)
Denn endlich ist es soweit, daß wir hier reden und debattieren mit der Absicht, die verfassunggebende Gewalt, die Kraft der Selbstbestimmung und der freien Entscheidung in allen deutschen Ländern in Kraft zu setzen. Darüber freue ich mich und ich hoffe, daß ich mit Ihnen gemeinsam dafür dankbar sein kann. (Vereinzelt Beifall bei CDU/DA)

Zweierlei ist nun freilich, meine Damen und Herren Abgeordneten, zutiefst zu beklagen, daß wir diese Debatte in einer so kläglichen Situation führen, wie sie der bisherige Teil unserer heutigen Volkskammersitzung gezeigt hat, nämlich die klägliche Situation der Wirtschaft unseres Landes, die die direkte Folge der Politik des 1. Staatsvertrages ist, der behauptet, ein Vertrag über Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu sein, freilich nicht einmal das, was sein erster Entwurf behauptet hat, eine Währungsunion zu schaffen mit einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft.
Wir sind von Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft weiter entfernt denn je (vereinzelt Beifall bei PDS), und, Herr Krause, ich kann den Mut nur bewundern, mit dem Sie uns heute in aller Offenheit gestanden haben, daß man freilich die Strukturprobleme hätte mehr beachten müssen. Ich kann es einfach nicht fassen, wie man unter diesen Bedingungen, wo seit November vorigen Jahres zahlreiche wissenschaftliche Gutachten genau sagten, was eintreten wird, wenn man über eine Wirtschaft, die so aussieht, wie die der DDR, und Sie haben es gewußt im Februar, was in den 40 Jahren passiert ist, wenn man dann eine Knall- und Fall-Währungsunion durchführt.

Es wird das passieren, was jetzt passiert. Man hat es gewußt, und Sie können auch noch mit aller Heiterkeit uns heute bestätigen, dieser Vertrag sei auch nicht unter dem Gesichtspunkt der politischen Einheit ausgearbeitet worden.
Ich frage mich: Unter welchen dann? Sie haben das vorhin soeben gesagt. Zu dieser kläglichen wirtschaftlichen Situation kommt die klägliche politische Situation. Nach dem Zusammenbruch einer alten Verfassung haben wir nicht eine neue Grundlage geschaffen, sondern haben die Verfassungsänderung zum Dauerzustand proklamiert und haben einen Zustand der Rechtsunsicherheit geschaffen, für den ich nur die kläglichsten Zeiten des späten Mittelalters und des 17. Jahrhunderts in der deutschen Geschichte zum Vergleich heranziehen kann. Und es ist für die Bürger und Bürgerinnen dieses Landes allmählich auch existentiell kaum noch erträglich, in einer solchen Rechtsunsicherheit leben zu müssen.

Wo ist das Selbstbestimmungsrecht?

Und nun legen Sie uns ein Wahlgesetz vor, das nichts Geringeres tut, als den Geltungsbereich des Wahlgesetzes der Bundesrepublik auf die Länder der Deutschen Demokratischen Republik auszudehnen. Was wird uns denn als Begründung für diese außerordentliche verfassungsrechtliche Maßnahme angeboten? Der Wunsch zur Herstellung der staatlichen Einheit, der Wille, als wichtiger Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit eine Wahl zu vollziehen, und noch einmal der Wunsch, daß die bevorstehende Wahl als gesamtdeutsche Wahl usw. stattfinde.
Ich frage mich, meine Damen und Herren Abgeordnete, die für diesen Gesetzentwurf eingetreten sind und die Verantwortung tragen: Wo ist denn der Wunsch, daß das Selbstbestimmungsrecht und die freie Entscheidung und politische Meinungsbildung der Bürger und Bürgerinnen dieses Landes zur Geltung komme? (Beifall vor allem bei der Opposition)

Ich habe heute die merkwürdigsten Wünsche gehört, bis hin zu dem Wunsch der DSU, sich dem Freistaat Bayern anzuschließen. Ich möchte gern wissen, wie das in diesem Freistaat aufgenommen wird. Und ich habe einiges gehört über den Wunsch, einen Kanzler zu wählen. Solche Wünsche mögen ja manche in diesem Hohen Hause haben. Ich denke, hier sind andere Wünsche sehr viel wichtiger! (Beifall vor allem bei der Opposition)
Das Bundeswahlgesetz gilt im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Also die Mindestforderung, um das Wahlgesetz der Bundesrepublik in den Ländern der DDR in Geltung setzen zu können, war das Vorausgehen der Inkraftsetzung des Grundgesetzes, laut Artikel 23 Satz 1. Die Bedingungen, unter denen dies zu geschehen hat, waren festzustellen, nämlich Bedingungen zu schaffen, unter denen die Wahl in diesem Lande nach den Prinzipien der Gleichheit und Freiheit stattfindet.

Fünfprozentklausel undemokratisch

Die Fünfprozentklausel, meine Damen und Herren - dazu ist schon viel gesagt worden - ist undemokratisch. Sie schafft privilegierte und nichtprivilegierte Parteien. Und selbst das Bundeswahlgesetz in seinem § 8 Ziffer 4 ist der Meinung, daß dieses Prinzip etwa bestimmten Minderheiten gegenüber nicht angewandt werden dürfe, weil es eben undemokratisch ist.
Und wenn ich höre, daß Abgeordnete dieses Hohen Hauses, ausgerechnet von der Seite der SPD, ein Urteil darüber abgeben, welche Fraktionen und welche Beiträge verzichtbar sind, dann wird mir angst und bange, weil ich dann die Privilegierten reden höre. (Beifall vor allem bei der Opposition)
Privilegierte, die ihre Privilegierungen durch Sperrklauseln festzuschreiben gedenken.

Das gleiche gilt nun von dem wunderbaren "Huckepack"-Angebot. Ich kann nur sagen: Was haben Sie sich dabei eigentlich gedacht? Wir müssen doch daraus heraushören, etwas wie die Bürgerbewegungen sei nicht gehfähig und müsse Huckepack genommen werden.
Aber an dieser Stelle muß ich mich selbst ermahnen. Hier ist genug gespaßt, meine Damen und Herren. In diesen Landen steht man jetzt vor der entscheidenden politischen Frage: Soll ein künftiges Parlament nur aus Parteien oder aus Parteien und Bürgerbewegungen bestehen? Ich bin der Meinung, wir alle hier sind überzeugt, es muß beides geben. Erstens, weil wir nicht den Terror der Straße gegen das Parlament haben wollen, und zweitens, weil wir im Herbst Erfahrungen gemacht haben, Erfahrun-

gen, die in Polen, in der CSFR und in der Sowjetunion in wachsendem Maße gemacht werden, daß dort Parteien nicht funktionieren und man darum zu den Parteien - auf die ich keineswegs verzichten will - aber das neue demokratische Element der Bürgerbewegungen braucht. Und diesem Element steht dieses Wahlrecht entgegen. Und nun ist noch - und das kann ich leider auch mit Blick auf die Regierungsbank nicht unerwähnt lassen - dieses Nachspiel dazugekommen, daß man einige Tage, nachdem dieser Wahlgesetzentwurf fertig war, gleich wieder gegen die Präambel, die man gerade geschrieben hat, verstieß, indem nach Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik festgelegten Zeitraum die Wahlen stattzufinden hätten.

Jetzt wird uns plötzlich im Verlaufe weniger Tage gesagt, es habe sich alles derart geändert, daß man den Wahltermin vorziehen muß. Also, ich kann nur sagen: Diese Platte kenne ich schon. Sie wurde von dem famosen Herrn Teltschik aufgelegt an dem Wochenende in der Mitte des Februar, kurz vor dem Besuch der Regierung Modrow in Bonn. Da hörte man auf einmal aus Bonn, daß sich die Bürger in der DDR alle plötzlich entschlossen hätten und die Frage stellten: Na, ob wir denn noch bis zum 18. März kommen, das alles steht noch in Frage.- Jetzt hören wir auf einmal aus St. Gilgen, daß sich alles im Verlaufe weniger Tage geändert habe und man keine Zeit mehr habe bis zum 2. Dezember usw.usw. Ich kenne dieses Stück, und ich bin mißtraurisch, und ich kann Ihnen nur sagen: Wenn ich mit Leuten und Leute mit mir reden, dann sagen sie, wir haben es satt, wir gehen nicht mehr zur Wahl, wen sollen wir denn noch wählen? Die Partei, die uns diese Wirtschaftslage eingebracht hat oder die anderen Parteien, die jetzt angesichts der Massenbankrotte, wo eben keine soziale Marktwirtschaft, sondern eine asoziale Bankrottwirtschaft betrieben wird, die sollen wir doch nicht etwa wählen? Wen denn dann? Und die Bürgerbewegungen sind zu schwach. Wir bleiben zu Hause. - Unsere gemeinsame Aufgabe ist, den Leuten Mut zu machen. Und ich denke, wir brauchen die Zeit bis zum 2. Dezember. Wo ist das Programm der Arbeitsbeschaffung, für das Frau Hildebrandt kämpft als Einzelkämpferin? Das ist doch unser aller Aufgabe. (Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

(Stellvertreter der Präsidentin, Dr. Schmieder: Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, auf zwei Zwischenfragen einzugehen, die Herren stehen schon seit geraumer Zeit.)

Ich bin sofort fertig. Und dann antworte ich. - Also, ich will noch dieses sagen, um uns alle anzusprechen, weil wir hier alle klugen Gedanken brauchen. Wo ist das Konversionsprogramm für unsere kaputte Industrie? Es sind doch nicht einige, sondern es ist die Industrie kaputt. Und wo ist das Programm für das Verkehrsnetz, das man braucht, damit nicht die Mauer an der Oder/ Neiße aufgebaut wird, und die wird von vornherein nicht so fest gezimmert werden können, wie einmal die Mauer in Berlin gewesen ist. Das sind die Aufgaben, die wir vor uns haben. Und ich möchte sehen, wer vor dem Dezember fertig ist mit vernünftigen Entwürfen, die man den Leuten zur Diskussion, und zwar nicht nur hier in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik, anbieten kann. Darum bin ich der Meinung, das Gesetz ist so, wie es vorliegt, nicht akzeptabel.

Meine Fraktion wird beantragen, daß erstens die Sperrklausel herauskommt, zweitens daß der Text ergänzt wird durch den folgenden: Die in Artikel 3, 21 und 38 des Grundgesetzes der Bundesrepublik für die Wahlen zum Bundestag festgelegten Grundsätze gelten auch für die Parteien und politischen Vereinigungen in der DDR. Die DDR anerkennt insoweit die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes und unterwirft sich bereits vor dem Inkrafttreten des gesamten Grundgesetzes auf dem Gebiet der DDR dessen Rechtsprechung. - Dies ist unser Antrag. Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß Sie dazu nicht nur zu lachen haben, daß Sie angesichts der großen politischen Aufgaben, sofern Sie im Verfassungsausschuß vertreten sind, und auch darüber hinaus, daran arbeiten, daß wir wirklich demokratische, freie und gleiche Wahlen nach meinem Dafürhalten am 2. Dezember dieses Jahres bekommen. (Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin, Dr. Schmieder: Danke schön, Herr Abgeordneter Ullmann. Sind Sie bereit, auf eine Zwischenfrage einzugehen? (Dr. Ullmann, Bündnis 90/Grüne: Ja) Bitte Herr Thietz.

Thietz (Die Liberalen): Herr Dr. Ullmann, wir haben nun aus guten Gründen und weil uns eigentlich kein anderer Weg übrig bleibt, den Weg der Vereinigung nach Artikel 23 beschritten. Und nun ist es doch vermessen, anzunehmen, daß wir eine so grundsätzliche Forderung stellen können in diesem Einigungsprozeß, daß die Bundesrepublik mit einem wesentlich größeren Anteil von Einwohnern - und wir treten eben nun einmal bei - daß wir der Bundesrepublik jetzt diktieren können, daß sie die Sperrklausel abschafft. Das ist doch einfach unreal, auch wenn gute Gründe dafür sprechen würden. Aber das ist nicht realistisch. (Zwischenrufe)

Dr. Ullmann: Herr Thietz! Diktieren können wir natürlich gar nichts. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Worüber man reden muß, ist, was man tut, wenn man zwei so unterschiedliche Wahlgebiete hat. Darüber muß man reden. (Thietz, Die Liberalen: Und da ist das Huckepackverfahren noch die beste Variante?) Das ist ein Verfahren, da muß ich Ihnen drastisch antworten, das geht nicht gegen die Liberalen, die Leute wissen schon, wen ich meine, das ist ein Verfahren zur Destruktion der Bürgerbewegungen. Man will sie huckepack nehmen, aber politisch destruieren. (Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder: Es gibt inzwischen zwei weitere Anfragen. Sind Sie bereit, auch darauf zu antworten?

Böhme (SPD): Herr Dr. Ullmann, für mich einer der aufrichtigsten Demokraten, die ich bereits vor der Wende kennenlernen konnte, (Unruhe im Saal) ich wiederhole, für mich einer der aufrichtigsten Demokraten, die ich das Glück hatte, vor der Wende kennenzulernen. (Beifall bei der SPD, Bündnis 90/ Grüne und PDS) Aber gestatten Sie eine Frage, was die erste Passage Ihrer Darlegungen anbelangt. Glauben Sie nicht auch, daß gerade bei Ihrer Zustandsanalyse zu den rechtsfreien Räumen ohne Vorziehen der Währungsreform sich ein schwarzer Wirtschaftsverband entwickelt hätte, der noch viel chaotischere Zustände im sozialen und Arbeitsbereich geschaffen hätte?

Dr. Ullmann: Lieber Herr Böhme! Wie ungern widerspreche ich Ihnen, aber ich glaube, daß Sie wirklich Unrecht haben, und ich bin nun nicht der einzige, zum Glück, und auch nicht ein Philosoph, der sich auf seine Einfälle kapriziert, sondern rede hier nach dem Gespräch mit vielen, vielen Experten. Mittlerweile kann man es ja auch in nicht nur einer westdeutschen Wirtschaftszeitschrift lesen, wenn man eine Währungsunion durchführt ohne vorhergehende oder entspreche Strukturreformen, kriegt man die Effekte, die man jetzt hat. Ich habe sie nie gewollt. Ich bin für die freie Marktwirtschaft, aber für eine wirklich freie, und ohne einen Markt, meine Damen und Herren, kriegen Sie keine Marktwirtschaft. Was können Sie sich überhaupt auf Ludwig Erhard berufen? Der hat es richtig gemacht. Der hat nämlich das Geld unter die Leute gebracht, daß viele was hatten und nicht nur einige, was Sie nämlich betreiben. (Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Zum Selbstverständnis von Demokratie Jetzt als Bürgerbewegung

VON DEMOKRATIE JETZT LEIPZIG

Erstens

Demokratie Jetzt ist eine Bürgerbewegung, die Grundfragen der Gesellschaft reflektiert und dabei nach einer neuen poitischen Kultur sucht.
Demokratie Jetzt versucht, globales Denken in solidarisches, lokales Handeln umzusetzen. Die großen, überlebenswichtigen Problemfelder unserer Zeit werden mit den Begriffen "Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung" beschrieben. Ihre Inhalte müssen die tägliche Politik bestimmen.

Zweitens

Daraus ergeben sich für uns folgende Schwerpunkte:

Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung bedingen sich gegenseitig. Fortschritte in einem Problemfeld beeinflussen positiv die Entwicklung der anderen.

In der einen Welt hängen alle Probleme zusammen; die Menschen sind aufeinander angewiesen. Lösungen zu Lasten anderer verbieten sich daher.

Die Lösung vieler Probleme erfordert sowohl individuelles Handeln als auch die Änderung der Strukturen.

Drittens

Unsere Arbeitsprinzipien:
- basieren auf einem wichtigen Grundsatz unseres Demokratieverständnisses: auf der Suche nach Konsens.
- Ziel und Mittel, es zu erreichen, müssen sich der Kritik allgemein anerkannter Maßstäbe der Moral und der Vernunft stellen.
- Öffentlichkeit und Durchschaubarkeit
- Die Vielschichtigkeit der Sachprobleme erfordert einen Meinungspluralismus auch innerhalb der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt.
- Demokratie Jetzt arbeitet mit anderen Gruppen zusammen, ohne zu vereinnahmen und ohne sich vereinnahmen zu lassen. Voraussetzung sind physische und rhetorische Gewaltlosigkeit.

Viertens

Unsere Handlungsebenen:
- einzelne Aktionen, d.h. Bürgerinitiativen mit einem zeitlich und sachlich begrenzten Anliegen. Mitglieder von Demokratie Jetzt können sich in Bürgerinitiativen engagieren, wenn das Anliegen in Übereinstimmung mit den Zielen von Demokratie Jetzt steht.
- Ständige Arbeitsgruppen erarbeiten sich Sachwissen als Voraussetzung für anstehende Entscheidungsfindungsprozesse.
- parlamentarische Arbeit: Demokratie Jetzt erkennt die Vorzüge der repräsentativen Demokratie an, sieht aber auch deren Grenzen. Wir suchen deshalb nach Ergänzungen der bestehenden politischen Strukturen, um eine direkte Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen an den politischen Entscheidungen zu ermöglichen.
- Das System der klassischen parlamentarischen Demokratie mit seinem 2-Kammer-System (z.B. Bundestag und Bundesrat) konnte durch eine zusätzliche Kammer, die nach den Prinzipien des "Runden Tisches" arbeitet, erweitert werden. Sie ist offen für alle Gruppen und kennt keine Sperrklauseln. Jede Gruppe hat eine Stimme. Die Sacharbeit verbietet eine Strukturierung nach dem Schema Koalition - Opposition.
- In die bestehenden parlamentarischen Strukturen entsendet Demokratie Jetzt eigene Abgeordnete.
- Demokratie Jetzt als Teil der Bürgerbewegung strebt ein breite Wahlbündnis an.
- Ein Bündnis mit Parteien ist möglich, wenn deren Politikverständnis den Demokratiegrundsätzen von Demokratie Jetzt nicht widerspricht.
- Bündnisse aus überwiegend machtpolitischen Erwägungen widersprechen dem Demokratieverständnis von Demokratie Jetzt. Die Übernahme von politischer Verantwortung in einer Koaliton darf nicht zu einem Abstimmungsverhalten führen, das eigenen Überzeugungen widerspricht.
- Ziel der parlamentarischen Tätigkeit ist die breite Beteiligung der Bürger an der politischen Arbeit. Das verbietet ein von Sachfragen abgehobenes Taktieren.

Fünftens

Demokratie Jetzt versteht sich als Sammel- und Kristallisationspunkt für alle Bürger und Bürgerinnen, die durch eigenes aktives Mitwirken über ihre Funktion als Wähler hinaus die Gesellschaft mitgestalten wollen. Es wird versucht, eine Eingrenzung auf Gruppeninteressen zu verhindern und Probleme zu bearbeiten, die quer durch alle Parteien anstehen. Demokratie Jetzt versteht sich als Interessenvertreter von Gruppen, die von der politischen und ökonomischen Macht ausgeschlossen sind. Die inhaltlichen Ziele von Demokratie Jetzt finden auf absehbare Zeit kein breites Wählerinteresse. Die Arbeit von Demokratie Jetzt wird an Bedeutung gewinnen und mehr Menschen erreichen in dem Maße, wie die weltweiten Probleme in den Erfahrungsbereich des Einzelnen hineinwirken.

Zu unserer Zeitung

Mit unserer Zeitung ist das so eine Sache. Es klappt noch nicht so, wie wir es uns vorstellen:
So erschien in der letzten Woche keine Ausgabe, weil es in der Druckerei technische Probleme gab und das fertige Produkt erst an dem Tag zu uns kam, als die neue Ausgabe erstellt werden sollte. Unsere Fortsetzung des "Who ist who in der Landesgeschäftsstelle?" müssen wir auf die nächste Nummer verschieben, weil noch nicht alle Mitarbeiter aus dem Urlaub zurück sind. Beate sonnt sich in Z. und Wolfgang in Kanada. Auch die Fortsetzung über "Volksbegehren und Volksentscheid" wird noch überarbeitet.
- Ansonsten fehlen die Berichte über die Vertreterversammlung, den Landesausschuß, und und und. Diese Berichte werden in der nächsten Nummer erscheinen. Unterdessen warten wir auf Artikel der Basisgruppen. (hme)

Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Helmut Müller-Enbergs. Redaktionsschluß für diese Ausgabe war der 28. August 1990; Auflage: 3000 Exemplare. Die Redaktionsadresse lautet: Demokratie Jetzt. Helmut Müller-Enbergs, Friedrichstr. 165, 1080 Berlin. **Der Redaktionsschluß für Nummer 36 ist der 4. September 1990.**